

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: 10 Pfennig. Die monatliche Ausgabe kostet 3 Mark. Die halbjährliche Ausgabe kostet 15 Mark. Die jährliche Ausgabe kostet 30 Mark. Die Abnahme von 10 Exemplaren kostet 2 Mark. Die Abnahme von 50 Exemplaren kostet 10 Mark. Die Abnahme von 100 Exemplaren kostet 20 Mark. Die Abnahme von 500 Exemplaren kostet 100 Mark. Die Abnahme von 1000 Exemplaren kostet 200 Mark.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Redaktion: Büchelstraße 2, Dresden 17. Telefon: 17 200. Belegstellen: Dresden 18 000. Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr bes. Sprechstunde, Freitags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde.

Druck: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Redaktion: Büchelstraße 2, Dresden 17. Telefon: 17 200. Belegstellen: Dresden 18 000. Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr bes. Sprechstunde, Freitags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 21. Oktober 1930

Nummer 246

So haben die sächsischen „Linken“ die SPD-Arbeiter

Belogen und betrogen!

Auch die SPD-Fraktionsminderheit stimmte für Brüning / SPD-Arbeiter, jetzt macht aber Schluss!

„Abbau der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung, schamlose Belastung der breiten Massen durch eine Kopfsteuer wollten der Bürgerblock und seine (Brüning — d. Red.) Regierung, die reaktionärste seit der Revolution, erzwingen... Ein schwerer Kampf steht uns bevor. Aber die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie... wird die Demokratie, die Herrschaft des Volkes gegen alle Diktaturgelüste erfolgreich verteidigen.“ (Aus dem Wahlaufsatz des ostsächsischen Bezirksvorstandes der SPD.)

Die Fraktion hat bis auf einen Abgeordneten geschlossen für den Übergang zur Tagesordnung gestimmt, also auch die Fraktionsminderheit hat sich dem Zwang gefügt. Bisher war es üblich, daß bei Gewissensfragen der Fraktionsminderheit gestattet wurde, der Abstimmung fernzubleiben. Wir wissen nicht, weshalb es in diesem Fall nicht geschehen ist. Die Wichtigkeit der Entscheidung hätte eine solche ablehnende Haltung der Fraktionsminderheit ohne weiteres zur Pflicht gemacht.
(Chemnitzer „Volksstimme“ von gestern.)

Dresden, den 21. Oktober.

Die Aktienkurse ziehen wieder an. Die Dividenden für die Industrieunternehmen, Zinsen für die Bankmagnaten in London, Paris und New York scheinen gesichert. Gemühtung erdet aus dem bürgerlichen Weltmarkt. Denn Brüning hat Blankopolitik gemacht, er hat den Reichstag die Notverordnung, der amtlich sanktionierte Lohnabbau, Zoll- und Steuerwucher — alles in allem genommen — die Aufhebung der Tribute und Profite auf Kosten des arbeitenden Volkes Deutschlands ist durch die Sozialdemokratie sanktioniert worden. Nicht nur die Wortschreiber der Dittler und Goshels sind das willfährige Werkzeug der deutschen Kapitalisten. Auch die SPD-Führer haben sich „in der Stunde der Not“ als sichere, zuverlässige Helfer erwiesen.

Von den Heilmann und Müller, von dem schwarz-bezogenen ministeriellen Künzler hatten die SPD-Arbeiter nichts

anderes erwartet. Die sind als Koalitionspolitiker gezeichnet, die nicht erst einmal blanken, niederträchtigen Verrat am deutschen Proletariat begingen. Aber die „Linken“ schienen den SPD-Arbeitern von anderem Holz. Auf deren Opposition hatten sie die Karten gezogen, als sie am 14. September zur Wahlurne gingen. Denn waren es nicht die Edel und Büchel, die Fleißner und Seidewitz, die während des Wahlkampfes nicht müde wurden die Brüning-Regierung der „schamlosen Volksausplünderung“ zu bezichtigen, sie als „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ an den Branger der Arbeiteröffentlichkeit zu stellen? Haben sie nicht noch wenige Tage vor dem schwarzen 18. Oktober alle Springquellen ihrer „ehelichen Opposition“ geöffnet? Riefen sie dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion nicht beschwörend zu, daß ein Votum für Brüning „Sprengpulver“ für die Partei, „Selbstmord“ für die Partei bedeute? Erklärten sie nicht mahnend, daß Hitler für seinen Aufstieg nichts mehr zu be-

fürchten brauche, wenn die SPD das Mißtrauensvotum gegen Brüning niederstimme? Erklärten sie nicht, in den Versammlungen den empörten SPD-Arbeitern, daß das Steuer herumgerollt werden müsse, „fort von Koalition und Tolerierung einer reaktionären Diktaturregierung“, daß sie bei einer anderen Entscheidung der Mehrheit „diesen Kurs nicht mehr mitmachen könnten“?

Ist nicht diese „linke“ Pose, diese „Opposition von links“ die Ursache gewesen, warum ihr, sozialdemokratische Arbeiter, am 14. September noch einmal die Nase 1 währte, warum die sächsische SPD im Gegensatz zu den Bezirks- und Ortsgruppen einen Wahlerfolg buchen konnte? Glaubte ihr, SPD-Arbeiter, nicht allen Ernstes, daß eure „linken“ Führer jetzt „Ernst machen“, daß sie zurück wollen zum Klassenkampf, eine Einheitsfront erstreben, nicht mit Brüning und Treuhand, mit dem Junkerminister Schiele und dem Wahltun-Parteller Dietrich, sondern eine Einheit des kämpfenden Proletariats gegen Diktaturordnung und Lohnraub?

Ihr seid betrogen und belogen worden. Eure „linken“ Führer haben alles mitgemacht. Sie haben für Brüning gestimmt, ohne daß sogar ein Fraktionszwang bestand.

Solidarität mit dem kämpfenden Berlin!

Zweigtündiger Proteststreik in Limbach — Organisiert Sammelaktionen und den Kampf für eigene Forderungen

Limbach, den 21. Oktober.

Gestern morgen fand ein Solidaritätsstreik der Limbacher Metallarbeiter von etwa zwei Stunden für die kämpfenden Berliner Metallarbeiter statt.

Vieler Demonstrationstreif der Limbacher Arbeiter für die Berliner Kollegen ist zu begrüßen, es muß jedoch betont werden, nicht nur Solidarität durch Resolutionen und Beschlüsse ist nötig, sondern durch Beschlüsse in den Metallbetrieben selbst gilt es, den Angriffstreik vorzubereiten und durchzuführen. Das ist der nächste Schritt, den die sächsischen Metallarbeiter tun müssen. Das abgekartete Spiel der Unternehmer und der reformistischen Gewerkschaftsführer, die erst die Berliner Metallarbeiter niederlagen und solange die Entscheidung in Sachsen verzögern wollen, muß durchkreuzt werden.

Sammelt für die Streikenden!

Die ganze sächsische Arbeiterschaft aber muß jetzt sammeln für die kämpfenden Berliner Kollegen. Die ZH hat bereits die Sammellisten verfaßt. Diese Sammlung muß in allen Betrieben organisiert, jeder Arbeiter, jede Arbeiterin von der großen Bedeutung der Unterstützung der KPD und ZH für die Kämpfe der gesamten Arbeiterschaft überzeugt werden. Alle Kräfte für die Unterstützung und Stärkung der Streikenden in Berlin.

Probozierendes Kapitalistenbad

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern wagt die Direktion des Siemens-Konzerns eine neue, ungeheure Provokation. Das Mitglied des Gesamtbetriebsrates des Elmo-Werkes, Paul Rohmann, sowie der Betriebsrat Ernst Kammen wurden gemahnt. Sie erhielten ihre Papiere im „Bormars“ eingewidelt (!). Die Direktion und die SPD nehmen Rücksicht an Rohmann dafür, daß er im Reichstag gegen Brüning gestimmt hat.

Streifbrecher in der Dunkelkammer Geheimverhandlungen Ulrichs mit Brüning

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach zuverlässigen Mitteilungen begannen heute die neuen Schlichtungsverhandlungen zwischen Ulrich und dem Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller beim Reichsarbeitsminister. Ulrich stellt sich damit in die Front des neuen Vertragsplanes gegen die kämpfenden Metallarbeiter. Der Plan ist, mit dem Schwindel eines neuen „Preisabbaues“ Lohnabbau durchzuführen. Das Reichsarbeitsministerium läßt durch Brüning in den Nachrichtenagenturen mitteilen, daß es „im gegenwärtigen Stadium der Dinge entscheidenden Wert

darauf legt, keine eigenen Anschauungen und Pläne nicht der Öffentlichkeit bekanntzugeben, damit jede Beeinträchtigung der Nachverhandlungen vermieden werde.“ (!)

Das Reichsarbeitsministerium, die Metallindustriellen und Ulrich fürchten die Empörung der streikenden Arbeitermassen und des ganzen roten Berlins. Stegerwald will Geheimverhandlungen, um den Ulrich u. Co. den Weg zum Verrat zu ebnen. Der neue Spruch soll die streikenden Arbeiter übertrahen und die Erdoberfläche ihrer Front erleichtern.



Das rote Berlin sammelt für die kämpfenden Berliner Metallarbeiter. Arbeiter Sachsens! Springt auch ihr in die Bresche! Parole: Praktische Hilfe für die Streikenden von Berlin!

Streik gegen Maßregelungen

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei der Kraftag, dem größten Kraftfahrzeugunternehmen Berlins, haben gestern in verschiedenen Depots die Kraftfahrer die Arbeit niedergelegt als Protest gegen eine Maßregelung derjenigen Kraftfahrzeugführer, die bei der Demonstration im Lustgarten, auf dem Alexanderplatz und an anderen Stellen Berlins teilgenommen haben. Nach den Beschlüssen in den übrigen Depots ist zu erwarten, daß der Streik bis heute noch eine erhebliche Ausdehnung erfährt. Die Direktion hat als Antwort auf den Streik beim Betriebsrat die Entlassung von neun oppositionellen Betriebsratsmitgliedern beantragt.

„Der Sturz der Regierung hätte mit einem Schlag ein Chaos geschaffen, das die Faschisten brauchen, um zur Macht zu kommen und das Parlament auszuschalten“, schreibt die „Dresdner Volkszeitung“ zur Begründung des sozialdemokratischen Verhaltens. Man kann dieses dumme, abgegriffene Argument zur Verteidigung einer schändlichen Handlung mit den Worten anderer sächsischer SPD-Blätter selbst widerlegen. So schreibt das „Sächsische Volksblatt“ Jizdau. Im Interesse der Erhaltung der Kompromittierung der Arbeiterklasse gegenüber der drohenden faschistischen Gefahr wäre es wichtiger gewesen, wenn ohne diese Vertagung die Sozialdemokratie sofort klar und eindeutig der Regierung Brüning das Mißtrauen ausgesprochen hätte, denn nach der Verkündung des Programms dieser Regierung als in Arbeiterkreisen als Signal zum Lohnabbau aufgefaßt wurde, kann an den reaktionären, völkseindlichen Tendenzen dieser Regierung kein Zweifel mehr bestehen.“

Um den Faschismus zu besiegen“, meint die „Dresdner Volkszeitung“? Ja, warum war es denn vor den Wahlen anders, warum habt ihr da geschrien, daß die Brüning-Regierung die reaktionärste seit der Revolution und die Blutschuldige des Faschismus sei? Warum habt ihr vor der Wahl und jahrelang wiederholt, daß Koalitionspolitik der Weg in den Faschismus bedeute? Entweder ihr habt damals oder heute geschwindelt. Eure eigenen Worte bezeugen es. Geschwindelt habt ihr in beiden Fällen. Vor der Wahl, indem ihr mit eurer „Opposition“ gegen Brüning Wahlstimmen ergarntet, nach der Wahl, indem ihre eure alte Koalition mit Brüning als eine „Waffe gegen den Faschismus“ bezeichnet.

Über gemacht, der 18. Oktober wird euch nicht geschenkt werden. Die sozialdemokratischen Wähler sind lebend geworden. Die offene Rebellion, die Massenflucht aus der Brüning-Partei wird nicht mehr aufzuhalten sein. Denn mit der Einheit des Proletariats kann man nicht ungestraft Schindluder treiben. Eure Einheitsfrontpolitik ist die Einheit mit der Diktaturregierung, die Einheit mit der Bourgeoisie zur Durchsetzung der Notverordnung und des Lohnabbaues, des Polizeiterrors und der Legalisierung des Faschismus. Wenn auch jetzt noch das Dresdner SPD-Blättchen Illusionen zu wecken sucht, als ob der Notverordnung in den Ausschüßungen die „Giftzähne ausgebrochen“ werden könnten, so antworten wir mit den Worten des Chemnitzer SPD-Klarses, das den Betrug an den Arbeitern geschäfter aufzudecken weiß als die Stümper in Dresden: Die Fraktionsmehrheit glaubt, durch die Verhandlungen in den Ausschüssen den Notverordnung die Giftzähne ausbrechen zu können. Wie oft haben wir dieses Wort nicht schon gehört und mußten hinterher feststellen, daß nicht wir